

AfD Sachsen-Anhalt | Schönebecker Str. 11-13 | 39104 Magdeburg

Lesben-, Schwulen- & Queerpolitischer Runder Tisch Sachsen-Anhalt
c/o Zentrum für sexuelle Gesundheit – Aidshilfe Sachsen-Anhalt Nord e.V.
Herderstraße 17

39108 Magdeburg

nur per E-Mail: marcel.doerrert@lsqprt.de

Magdeburg, den 1. Juli 2026

Beantwortung: Wahlprüfsteine des Lesben-, Schwulen- & Queerpolitischer Runden Tisches Sachsen-Anhalt zur Landtagswahl in Sachsen-Anhalt am 6. September 2026

Sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für Ihre Anfrage vom 24. Juni 2026, die wir hiermit gern beantworten. Die Beantwortung Ihrer Wahlprüfsteine erfolgt dabei federführend durch Herrn Dr. Hans-Thomas Tillschneider, stellvertretenden Vorsitzenden und leitenden Programmdirektor der Partei Alternative für Deutschland – Landesverband Sachsen-Anhalt.

Ohne Weiteres gehen wir davon aus, dass wir unsere Antworten zu Ihren Wahlprüfsteinen parallel in unseren eigenen Veröffentlichungen (online) abbilden dürfen.

Im Falle von Rückfragen stehen wir Ihnen gern zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

i.A. Patrick Harr
AfD Sachsen-Anhalt
Pressestelle

Antworten der Partei Alternative für Deutschland – Landesverband Sachsen-Anhalt zu den Wahlprüfsteinen des Lesben-, Schwulen- & Queerpolitischer Runden Tisches Sachsen-Anhalt zur Landtagswahl in Sachsen-Anhalt am 6. September 2026

I. Bildung

1. LSBTIAQ*-Inhalte in Schule & Lehrplänen

Frage: Wie setzt sich Ihre Partei dafür ein, dass LSBTIAQ*-Lebensrealitäten verbindlich, altersgerecht und diskriminierungssensibel in die Lehr- und Bildungspläne aller Schulformen integriert werden und bestehende Bildungs- und Präventionsangebote langfristig finanziell abgesichert bleiben?

Antwort: LSBTIAQ*-Personen genießen volle Handlungsfreiheit, ihre Lebensrealitäten sollten jedoch an der Schule allenfalls im Rahmen des Biologie- beziehungsweise Sexualkundeunterrichts angesprochen werden. Wir treten dafür ein, Schülern die heterosexuelle Familie aus Mann und Frau, aus der Kinder hervorgehen, als Vorbild zu vermitteln. Abweichungen davon werden im Geiste unserer freiheitlichen Gesellschaft toleriert, wir dürfen aber nicht den Fehler machen, deshalb das Vorbild zu entsorgen. Eine Gesellschaft insgesamt und erst recht Schüler brauchen Vorbilder.

2. Qualifizierung von pädagogischem Personal

Frage: Welche konkreten Maßnahmen plant Ihre Partei, um sicherzustellen, dass Lehrkräfte und pädagogisches Personal verpflichtend und kontinuierlich in den Themen LSBTIAQ*, Antidiskriminierung und gendersensible Pädagogik aus- und weitergebildet werden und entsprechende Fortbildungsangebote dauerhaft gesichert sind?

Antwort: Wir wollen Lehrkräfte und pädagogisches Personal nicht in diesem Sinne ausbilden. Wir hegen den Verdacht, dass es bei diesem Ansatz weniger darum geht, die Interessen von LSBTIAQ*-Personen zu verteidigen. Stattdessen wird die Verteidigung der Interessen dieser Personen nur als Vorwand genutzt, um das Wertegerüst der gesamten Gesellschaft zu verändern. Das ist mit uns nicht zu machen. Wir brauchen eine normative Normalität, die im Sinne der Toleranz auch abweichenden Lebensweisen ihr Recht lässt, aber nicht Norm und Abweichung vertauscht.

3. Chancengleichheit im Bildungssystem

Frage: Die Bildungschancen queerer Kinder und Jugendlicher können durch erfahrene Diskriminierung oder die Angst vor Diskriminierung beeinträchtigt werden. Viele junge Menschen sehen sich dadurch gezwungen, zusätzliche Bewältigungsstrategien zu entwickeln, was ihre schulische und persönliche Entwicklung belasten kann. Welche Maßnahmen plant Ihre Partei, um diesen Benachteiligungen entgegenzuwirken und Chancengleichheit für queere Kinder und Jugendliche im Bildungssystem zu fördern?

Antwort: Wenn Jugendliche aufgrund ihres Geschlechts oder auch ihrer queeren Lebensweise an der Schule diskriminiert, etwa schlechter benotet oder gemobbt werden, ist das ein Missstand, den wir nicht hinnehmen werden. Wir wollen dem entgegenwirken, indem wir eine Kultur der Fairness und der Kameradschaft etablieren, die jede Form von Gewalt und Mobbing im Keim unterdrückt.

II. Regenbogenfamilien stärken

1. Queersensible Jugendarbeit

Frage: Setzt sich Ihre Partei für die Stärkung von Regenbogenfamilien ein, und damit auch für queersensible Jugendarbeit? Wie wollen Sie verlässliche Schutzräume, Teilhabemöglichkeiten und queersensible Alltagsstrukturen schaffen, insbesondere Schutzkonzepte in allen Einrichtungen der Jugendhilfe.

Antwort: Unser Hauptaugenmerk gilt der normalen Familie aus Mann und Frau, aus der Kinder hervorgehen. Auch sogenannte Regenbogenfamilien genießen staatliche Unterstützung um der Kinder willen, die dort aufwachsen.

2. Landesrecht

Frage: Wie soll eine landesgesetzliche Regelung erfolgen, die Regenbogenfamilien sichtbarer macht, einschließlich der Aufnahme vielfältiger Familienformen in Landesregelungen und Angeboten der Familienhilfe und -beratungen?

Antwort: Wir sehen keine Notwendigkeit für eine solche Regelung.

III. Demokratie und Gleichstellung

1. Queere Community stärken

Frage: Wie wollen Sie die queere Community und ihre vielfältigen Angebote zukünftig unterstützen? Wie soll eine auskömmliche finanzielle und strukturelle Unterstützung aussehen? Wie stehen Sie zu den zwei Landeskoordinierungsstellen?

Antwort: Wir sehen dazu keine Veranlassung. Die queere Community kann sich als eine private Gemeinschaft frei organisieren, bedarf aber keiner Unterstützung durch die Landesregierung.

2. Schutz queerer Menschen

Frage: Wie wollen Sie die queere Community vor den immer stärker werdenden Angriffen von Rechts schützen? Insbesondere wie stehen Sie zur Einordnung von CSDs als politische Versammlung und deren Schutz?

Antwort: Wir wollen die Sicherheitskräfte stärken, um Gewaltkriminalität jeder Art und unabhängig von der konkreten Motivation der Kriminellen zu unterbinden und zu ahnden. Angemeldete Demonstrationen müssen polizeilich geschützt werden und dürfen nicht durch Gegendemonstrationen beeinträchtigt werden. Das gilt für CSDs wie auch für AfD-Veranstaltungen gleichermaßen.

3. Einbindung der queeren Community

Frage: Wie will Ihre Partei die queere Community in politische Meinungsbildungsprozesse einbinden? Soll der fortgeschriebene Aktionsplan, jetzt Landesprogramm „Queer in Sachsen-Anhalt“ umgesetzt, weiter fortgeschrieben und ausgebaut werden? Welchen finanziellen Spielraum sehen Sie jetzt und zukünftig für die Umsetzung?

Antwort: Wir wollen das Landesprogramm „Queer in Sachsen-Anhalt“ ersatzlos einstellen. Siehe hierzu die Antwort auf Frage III. 1.

4. Art 3 GG

Frage: Verfolgt Ihre Partei weiterhin das Ziel sexuelle und geschlechtliche Identität in den Schutzbereich des Grundgesetzes durch eine Bundesratsinitiative zur Ergänzung von Artikel 3 Grundgesetz aufzunehmen?

Antwort: Nein. Wir würden sogar die Rückkehr zur Ursprungsfassung vom 24. Mai 1949 begrüßen, die da lautete: „(1) Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich. (2) Männer und Frauen sind gleichberechtigt.“ Jedes Wort mehr ist eines zu viel.

IV. Gesundheit

1. Auskömmliche Finanzierung und Weiterentwicklung der HIV/STI-Prävention und sexuellen Bildung

Frage: Wie stellt Ihre Partei sicher, dass die Aidshilfen in Sachsen-Anhalt auch künftig dauerhaft auskömmlich finanziert und strukturell weiterentwickelt werden, insbesondere mit Blick auf niedrigschwellige HIV- und STI-Prävention, sexuelle Bildung sowie Test- und Beratungsangebote im ländlichen Raum? Wie soll dabei gewährleistet werden, dass auch spezifische Zielgruppen, insbesondere Menschen in der Sexarbeit, adäquat erreicht und versorgt werden können?

Antwort: HIV-Tests sind kostenlos anzubieten, allerdings ist die Frage, ob dafür nicht zwei Zentren, eines in Halle und eines in Magdeburg, ausreichen würden. Die Behandlung von Erkrankten ist durch ein leistungsfähiges Gesundheitssystem sicherzustellen. Aidskranke sollen wir jeder andere Kranke auch die bestmögliche Behandlung nach neuesten Standards erhalten. Das funktioniert allerdings nicht, wenn wir alle Welt in unser Gesundheitssystem einwandern lassen.

2. Psychische Gesundheit und Unterstützung queerer Menschen

Frage: Welche konkreten Maßnahmen plant Ihre Partei, um die psychosoziale und mentale Gesundheitsversorgung für queere Menschen zu stärken und bestehende Communitybasierte Beratungs- und Unterstützungsangebote dauerhaft finanziell und strukturell abzusichern, um eine bedarfsgerechte Versorgung bei psychischen und psychosozialen Belastungen sicherzustellen?

Antwort: Queere Menschen sollen genau den gleichen Zugang zu psychosozialer und mentaler Gesundheitsversorgung erhalten wie andere Menschen auch. Es bedarf hier keine Sonderbehandlung.

V. Recht auf Selbstbestimmung:

1. TIN* Rechte in Bildung und Verwaltung

Frage: Wie will Ihre Partei Regelungen zum Selbstbestimmungsgesetz so im Landesrecht umsetzen, dass TIN*Personen ausreichend vor Diskriminierung geschützt und vollumfänglich anerkannt werden? Wird es tin*sensible Schutzkonzepte in allen Bildungseinrichtungen geben?

Antwort: Wir wissen nicht, wer TIN*-Personen sind, wollen aber jedermann vor Diskriminierung schützen.

2. Beratungsstrukturen für TIN*Personen

Frage: Stellt Ihre Partei die finanziellen und strukturellen Ressourcen zur Verfügung, um TIN*Personen flächendeckend Beratungs- und Begleitangebote zur Verfügung zu stellen? Wie soll in strukturschwachen Regionen ein auskömmliches Angebot gesichert werden?

Antwort: Siehe die Antwort auf die Frage zu V. 1.